

## **„Eurokrise“ ohne Ende**

Die Märkte und europäische Politiker atmen auf: Griechenland hat sich für den Euro entschieden und wählt mehrheitlich die Parteien, die sie in die Krise geführt haben.

Als wenn sich dadurch irgendetwas verbessern würde.

Die Krise der EU, die sich in der immensen Verschuldung der Länder zeigt, spitzt sich weiter zu.

Den Verantwortlichen von Politik und Wirtschaft fallen allerdings nur Lösungskonzepte ein, die in die Krise geführt haben.

Die besonders hoch verschuldeten südeuropäischen Staaten, deren Wirtschaftsstrukturen schon lange nicht mehr konkurrenzfähig sind und die in der Vergangenheit ihre Haushalte mit immer mehr Schulden finanzierten, um ihr Klientel bei der Stange zu halten, wurden durch die Finanzkrise noch weiter in den Schuldensumpf, aus dem sie jetzt nicht mehr herauskommen, hineingezogen.

Durch die von der EU geforderten Haushaltseinsparungen (auch im Staatsapparat) zeigte sich deutlich die produktive Schwäche, besonders von Griechenland und das Leben auf Pump. Die reichsten Griechen haben sich aus der Finanzierung des Gemeinwesens schon lange, mit der Unterstützung der politischen Kaste, zurückgezogen.

Deutsche Konzerne beklagen sich, dass in Griechenland die Löhne zu hoch sind und die Gewerkschaften zu stark, da sind sie aus der Bundesrepublik bessere Renditemöglichkeiten gewohnt oder gehen lieber in Länder außerhalb der EU, wo die Löhne gerade noch so das Verhungern der Menschen verhindern. Dass sie sich damit ihre Absatzmärkte in Europa einschränken macht sich für die Konzerne, die ihre Produkte weltweit vermarkten, nur langsam bemerkbar.

In Griechenland führten die Sparmaßnahmen zu einer weiteren Schrumpfung der Binnenwirtschaft. Das gilt auch für die anderen Länder in denen die rigiden Sparmaßnahmen durchgezogen werden.

Der mögliche Ausweg, in einem ersten Schritt aus dieser zum Teil politisch produzierten Krise, ist die Erhöhung der Staatseinnahmen durch Steuererhöhungen für die, die sich das Vermögen angeeignet haben. Dazu brauchen die Staaten allerdings Politiker in der Verantwortung, die nicht korrupt sind und mit der Wirtschaft und den Vermögenden an einem Tisch sitzen und sonntags gemeinsam zum Golfspielen gehen.

In Frankreich scheint ein Schritt in die richtige Richtung gelungen zu sein, die politischen Vertreter der neoliberalen Wirtschaft sind abgewählt worden, die Sozialisten haben auch im Parlament die Mehrheit. Vielleicht ist das ja eine Trendwende für Europa, zumindest erst mal ein Gegenpol zur bisherigen Politik der Wirtschaft. Doch der Weg zum Primat der Politik, geprägt durch Wissen, Vernunft und Solidarität ist noch weit.

Allerdings wäre eine Überwindung der Staatsverschuldung durch das Heranziehen der Vermögenden nur ein erster Schritt zu einer notwendigen neuen Wirtschaftsordnung.

Denn das kapitalistische System erzeugt ständig Krisen und vernichtet gesellschaftliche Werte, beutet Menschen aus. Es ist die Basis der modernen Sklaverei.

Innerhalb dieses Systems sind neue Renditemöglichkeiten nur durch „verbesserte“ Methoden der Ausbeutung der arbeitenden Menschen zu erzielen. Wenn in der Produktion die Renditemöglichkeiten an ihre Grenzen gestoßen sind können Spekulationen auf dem Finanzmarkt noch für eine zeitlang die Illusionen von steigenden Renditen aufrechterhalten, aber die Zahl der Verlierer bei diesem Gezocke wird immer größer, wie ja die Finanzkrise 2008 bewiesen hat.

Die wirkliche Krisenursache liegt in der realen Wirtschaft auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise, wenn ein angelegtes Kapital nicht mehr die erwarteten Renditen erreichen kann und neue Möglichkeiten der Markterweiterung (inneren und äußeren Märkte) an ihre Grenzen gestoßen sind. Wenn die Bevölkerung sich eine weitere Stufe der Umverteilung von unten nach oben nicht mehr gefallen lässt und massenhaft auf die Straßen geht gibt es die Chance zur Überwindung dieses System, das nicht naturgegeben ist und zu dem es Alternativen gibt.

Hans-W. Meyer (Juni 2012)

[www.ausbruchsversuche.de](http://www.ausbruchsversuche.de)